

Innenminister warnt vor Kreditproblemen bei einzelnen Kommunen

(dpa) > 13.04.2011, 12:49

Düsseldorf. Den hoch verschuldeten Kommunen in Nordrhein-Westfalen drohen nach Einschätzung von Innenminister Ralf Jäger (SPD) Probleme bei der Aufnahme neuer Kredite.

Die Banken stellten die Kreditwürdigkeit einzelner Kommunen «zunehmend infrage», sagte Jäger am Mittwoch bei den Haushaltsberatungen im Landtag. Das bereite ihm große Sorgen.

Landesregierung und Landtag müssten verhindern, dass Kommunen «die Zahlung ihrer Ausgaben nicht mehr mit finanzierbaren Kreditmitteln bestreiten können». Das hätte «zwangsläufig eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zur Folge», warnte der Innenminister. Denn in diesem Fall fielen die Kommunen als Investor und Auftraggeber aus.

Nur bei einer Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts darf das Land mehr Schulden machen, als von der Verfassung grundsätzlich erlaubt. Mit rund 4,8 Milliarden Euro liegt die von der rot-grünen Koalition für dieses Jahr geplante Kreditaufnahme um knapp eine Milliarde Euro über der Verfassungsgrenze. Das Verfassungsgericht hatte in seinem Urteil über den Nachtragshaushalt 2010 gerügt, die Landesregierung habe die von ihr gesehene Störung des Wirtschaftsgleichgewichts nicht ausreichend begründet.

Jäger nannte die Finanzlage der Kommunen dramatisch. Sie hätten kurzfristige Kredite in Höhe von mehr als 20 Milliarden Euro aufnehmen müssen. Seit dem Jahr 2005 habe sich der Schuldenstand mehr als verdoppelt. Gerade einmal acht der 396 Kommunen im Land seien schuldenfrei. Jäger machte für die desolote Finanzlage von Städten, Kreisen und Gemeinden die alte schwarz-gelbe Landesregierung verantwortlich, die einen «kommunalpolitischen Scherbenhaufen» hinterlassen habe.

Bei der zweiten Lesung des Gemeindefinanzierungsgesetzes bekannten sich alle Fraktionen zu mehr Hilfe für die Kommunen, in der Sache blieben Koalition und Opposition aber weit auseinander. Der CDU-Kommunalexperte Bodo Löttgen warf Rot-Grün vor, bei den Kommunen falsche Hoffnungen geweckt zu haben. Die versprochene Zins- und Tilgungshilfe für die Kredite liege in weiter Ferne.

FDP-Innenexperte Horst Engel kritisierte eine «gemeindeunfreundliche Politik» der Landesregierung, die vor allem zulasten des ländlichen Raumes gehe. Der Finanzexperte der Grünen, Mehrdad Mostofizadeh, warf der Opposition vor, mit unsachlicher Kritik an den neuen Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich «Panik in der kommunalen Familie» zu schüren. Linken-Fraktionsvize Rüdiger Sagel verlangte Mehrausgaben von einer Milliarde Euro für die Kommunen, um für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Ein Antrag der CDU, die von Rot-Grün zugesagten Hilfen für die Kommunen in Höhe von 350 Millionen um weitere 300 Millionen aufzustocken, fand keine Mehrheit. SPD und Grüne nannten den Vorstoß

einen Taschenspielertrick, weil die Kommunen diese Hilfe selbst finanzieren sollten.

www.an-online.de/sixcms/detail.php?template=an_detail&id=1648918&_wo=Nachrichten:Politik